

Laibacher Zeitung.

Nr. 253.

Rechnungspreis: Im Kompletz ganz-
j. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. 11, halbj. 5.50.

Montag, 4. November

Insertionsgebühr die 10 Zeilen: 1mal 60 kr.,
2mal 40 kr., 3mal 1 fl. 10 kr. 4mal 1 fl. 20 kr.,
5mal 1 fl. 30 kr., 6mal 1 fl. 40 kr., 7mal 1 fl. 50 kr.,
8mal 1 fl. 60 kr., 9mal 1 fl. 70 kr., 10mal 1 fl. 80 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Oktober d. J. die bei der Kanzlei des österreichisch-kaiserlichen Leopold-Ordens in Erledigung gekommene Schatzmeisterstelle dem bisherigen Ordens-Heralde, Sectionsrathe in der Präsidialkanzlei des Ministerrathes Anton Klaps zu verleihen und zum Ordens-Heralde den Hofsecretär des Oberstkämmereramtes Eugen Hantken Ritter v. Prudnit allergnädigst zu ernennen gerüht.

Am 31. Oktober 1872 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LIV. Stück des Reichsgesetzblattes — vorläufig blos in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter

Nr. 152 den internationalen Telegraphenvertrag vom 14. Jänner 1872 (Abgeschlossen zu Paris, den 17. Mai 1865; revidiert zu Rom, den 14. Jänner 1872; ratificiert zufolge Erklärung des k. k. Handelsministeriums am 13. Juni 1872) (Br. Stg. Nr. 251 vom 31. Oktober.)

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Zur bevorstehenden Action der Landtage bemerkt ein Wiener Correspondent der „Bohemia“ nachstehendes: „Es gibt viele, welche die kommenden Landtagsessionen einen ruhigen Verlauf prognosticieren, andere aber auch, die von lebhafteren Debatten in den Landtagen wissen wollen. Beide Anschauungen dürften Recht behalten, denn die Landtage von Böhmen, Mähren, Schlesien, Bukowina, Steiermark, Kärnten, Tirol, Triest werden kaum irgend welche große Bewegung hervorrufen, so wichtig auch, namentlich in Böhmen, die für dieselben bereit gehaltenen Anträge sind. Dagegen darf man in der innsbrucker Landstube eine stärkere Discussion gewärtigen, nachdem die Schulgesetzgebung wieder zur Vorlage kommt und es kaum wahrscheinlich ist, daß die Ultramontanen ihren früheren schroffen Standpunkt werden aufgeben wollen. Auch in Krain und Dalmatien liegt die Möglichkeit von Reibungen zwischen den beiden Parteien sehr nahe, obgleich in letzterem eine Art Waffenstillstand schon vor längerem geschlossen worden sein soll. Was Galizien betrifft, so scheint es, als hätten die dortigen Parteiführer den lebhaftesten Wunsch, daß die Landtagsession so einträglich als möglich verlaufe. Wenigstens verlautet von dieser Seite über die Wiederaufwärmung der staatsrechtlichen Fragen nicht das mindeste, obgleich sonst die polnische Presse dieses Thema mit Vorliebe behandelte. Augenscheinlich fürchten die Führer mit dem Anregen der staatsrechtlichen Frage unter den jetzigen Verhältnissen ihre Schwäche erweisen zu lassen und den Nimbus einzubüßen, daß sie mit ihren Prätensionen wirklich die Wünsche des Landes vertreten.“

Und für den Reichsrath ist dieser Nimbus doch etwas, woraus man politisches Kapital schlagen kann. Darüber, daß die Regierung den Impuls zur Discussion der staatsrechtlichen Frage geben wolle, verlautet noch nichts.“

„Von den Krisengerüchten ist es“ — wie eine Wiener Correspondenz am 28. Oktober dem „V. Lloyd“ meldet — „bereits ganz stille geworden und die kleinen Nachzügler in den Wochen- und Montagsblättern fallen nicht mehr ins Gewicht. Man beginnt auch in den avanciertesten Kreisen bereits einzusehen, daß man sich in ganz überflüssiger Weise schauffierte, und so dürfte die öffentliche Meinung vielleicht einige Zeit hindurch von Sensationsgerüchten dieser Art verschont bleiben — bis auf weiteres. Die öffentliche Aufmerksamkeit wendet sich jetzt in ausschließlicher Weise den Landtagen und dem schon sehr nahegerückten Wiederzusammentritte des Reichstages — 15. Dezember — zu, und werden diese Körperschaften, zunächst die ersteren, ein größeres Interesse für sich in Anspruch nehmen. In Tirol darf man sich immerhin auf lebhaftere Debatten gefaßt machen, denn, wenn selbst die von Prag gegebene Anregung, die Reichsrathsbeschlüsse zu verweigern, nicht versagen sollte, so werden die dem Landtage zugehenden Regierungsvorlagen, die Schulaufsicht betreffend, bei der schroff feindseligen Haltung der Majorität gegen die neue Gesetzgebung, immerhin eine lebhaftere Discussion hervorrufen. Auch der Vorgang bei der Wahl des Rectors, gegen die Regierung Sturm zu laufen. Dagegen scheint es, daß in Lemberg die irdische Ruhe nicht gestört werden soll. Die polnischen Führer sollen schon jetzt alles aufbieten, um die Resolution nicht zur Discussion gelangen zu lassen, und wenn es nach ihren Intentionen geht, wird der Landtag über die staatsrechtliche Frage schweigend hinwegschlüpfen. Die Herren in Lemberg ziehen das clair obscur entschieden vor, und es scheint, als solle ihnen von Seite der Regierung wenigstens kein Anlaß für den Landtag geboten werden, aus demselben hervorzutreten, denn von dem Projecte, das Elaborat des Verfassungsausschusses dem Landtage vorzulegen, ist es ganz stille geworden, ja nach einem Organe ist der Plan ganz aufgegeben. Man hätte es in diesem Falle mit einer Concession an die Führer im lemberger Landtage zu thun, die sich jedoch für den Beginn der Reichsrathsverhandlungen in nachtheiliger Weise geltend machen könnte; denn so froh die Polen sind, wenn sie im Landtage über die von ihnen so beharrlich begehrten „Concessionen“ hinwegschlüpfen können, im Reichsrathe werden sie die ersten sein, die auf dem Boden dieser offen gelassenen Frage ihre alte Doppelrolle zu spielen beginnen werden. Die Wahlreform wird in einem heutigen Blatte als unmittelbar bevorstehend angekündigt; dann wird wohl auch in diese Frage vollste Klarheit kommen müssen.“

Ueber die Wahlreformvorlage

Bringt ein Correspondent der grazer „Tagespost“ folgende Andeutungen: „Die Trennung der Vorlage in zwei Theile wurde bereits in diesem Blatte gemeldet. Sie hat die Erleichterung der parlamentarischen Behandlung zum Zweck.“

Als leitende Grundzüge wurde bei Abfassung der beiden Gesetzentwürfe aufgestellt: Die Anknüpfung an das bereits bestehende, also die Beibehaltung des Gruppensystems, ferner daß durch die Reform keine der Interessengruppen ihr Wahlrecht verlieren, endlich Wahrung der Interessen des deutschen Culturelements.

Da seit der Zeit, da Schwarzenberg das gegenwärtige Wahlsystem entwarf, sich mancherlei in den Verhältnissen geändert hat und besonders die Industrialorte einen großen Aufschwung haben, so sollen von letzteren jene, welche jetzt noch zu den ländlichen Wahlkreisen zählen, von diesen gelöst und der Gruppe der Städte und Märkte zugeschlagen werden.

Da bisher nur Landtagsabgeordnete in den Reichsrath entsendet werden konnten, so war jedes Kronland auf seine Angehörigen beschränkt, und bei so mancher Wahl für den Landtag war es ausschlaggebend, ob der Candidat auch für einen Reichsrathsbesitz befähigt sei. In Zukunft soll jeder österreichische Staatsbürger, der das aktive Wahlrecht besitzt, in jedem Kronlande wählbar sein.

Die Vermehrung der Abgeordnetenwahl ist ein Postulat der Wahlreform. Nicht geringe Schwierigkeiten bereitet die Stellung des Großgrundbesitzes im Abgeordnetenhaus. Es heißt nun, die Regierung habe das Argument, daß der Großgrundbesitz seine eigentliche Vertretung im Herrenhause habe und daß es eine Anomalie wäre, ihm auch im Abgeordnetenhaus eine präponderierende Stellung einzuräumen, als ein triftiges anerkannt. Auch soll in Zukunft der Bestand der Verfassung nicht mehr von dem Ausfall der Wahlen im Großgrundbesitz abhängig sein.

Hieraus läßt sich schließen, daß, da nach dem erwähnten Grundsatz niemand sein Wahlrecht verlieren soll, auch der Großgrundbesitz sein Wahlrecht behält, jedoch ohne Vermehrung der Zahl seiner Abgeordneten.

Der erste Theil der Wahlreformfrage wird, wie erwähnt, die principiellen Aenderungen des Reichsrathsstatuts enthalten, für deren Annahme die Zweidrittel-Majorität nothwendig ist. Dieselben betreffen die §§ 6, 7, 15, 18 und 19 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 (Reichsgesetzblatt Nr. 141). § 6 normirt die Zahl der Abgeordneten; an Stelle der gegenwärtigen 203 werden 406 gewählt werden. Die Vertheilung auf die einzelnen Länder wird im zweiten Theile der Vorlage, zu deren Annahme die einfache Majorität genügt, bestimmt. In § 7 wird bestimmt, daß die Wahl eine directe ist, nur die Gruppe der Landgemeinden wählt durch Wahlmänner.

Seuffelen.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von F. Steinmann.

XVI. Kapitel. Die Entdeckung. (Fortsetzung.)

Der alte Hausarzt hörte aufmerksam zu und sagte dann nach einer Pause des Nachdenkens: „Sie scheinen mir vollkommen Recht zu haben, jetzt ist es auch an Ihnen, geeignete Heilmittel in Vorschlag zu bringen.“

„Zunächst“, sagte Dr. Weiner, „wäre es sehr wünschenswerth, wenn wir wissen könnten, welches Gift und in welchen Dosen es gegeben wurde; im übrigen bleibt nur ein Mittel übrig: wir müssen den arteriellen Neben neues Blut zuführen und durch gesundes Blut dem Körper aufhelfen.“

Sie ließen Herrn Dolomie ersuchen, sich zu ihnen zu bemühen, um ihn als Herrn des Hauses zur Erledigung des ersten Punktes zu veranlassen.

Herr Dolomie erschien mit dem gewöhnlichen Sächeln.

Er machte eine höfliche, feine Verbeugung und sagte fragend: „Ich hoffe, daß die Herren gelungen

ist, den Sitz der Krankheit zu ergründen und dadurch auch ein Heilmittel gefunden zu haben.“

Dr. Weiner nahm das Wort:

„Wir wissen allerdings die Ursache der räthselhaften Krankheit, allein es wird uns schwer, ihnen dieselbe mitzutheilen, da uns die Tragweite dieser Mittheilung noch durchaus unbekannt ist.“

„Ich bitte Sie, meine Herren“, sagte Herr Dolomie, „Sie erschrecken mich. Welche Ursache die —“

„Ihr Herr Schwiegerjohn ist vergiftet —“

„Vergiftet? Mein Gott! Verärgelt?“

Herr Dolomie brach zusammen. Der Hausarzt fing ihn in seinen Armen auf und führte ihn zu einem Fauteuil, auf den er ihn sanft niedergleiten ließ.

Herr Dolomie schloß die Augen, wie ein Mensch, der eine unabwendbare Gefahr nahen sieht. Das Rächeln war verschwunden und kalte Schweißtropfen standen auf seiner Stirn.

Der Hausarzt eilte hinaus, um einige Hoffmannstropfen besorgen zu lassen.

Dr. Weiner und Herr Dolomie waren allein.

Der letztgenannte schlug die Augen auf.

„Mein Schwiegerjohn ist vergiftet?“ fragte er langsam und systematisch.

„Und man kann das Gift nachweisen?“

„Das Gift nicht, aber die Section kann die krankhafte Veränderung der Organe erkennen und den Einfluß eines Giftes constatieren lassen.“

„Weiß außer Ihnen sonst noch jemand von dem — dem Gifte?“

„Außer uns? Nur der Mörder.“

„Gibt es ein Mittel der Rettung?“

„Bestimmt läßt sich nichts vorher behaupten, der Erfolg unserer Kur ist ein sehr zweifelhafter.“

Herr Dolomie blickte wie ins Leere starrend vor sich hin.

„Haben Sie keinen Verdacht auf jemanden?“

„Ich habe nicht die Ehre, Ihre Familie und die Personen welche in Ihrem Hause aus- und eingehen, zu kennen, und kann daher in dieser Beziehung gar kein Urtheil abgeben. Eben zur Ermittlung des Thäters machten wir Ihnen diese Mittheilung, indem wir es für unsere Pflicht halten, das Verbrechen und den Verbrecher an das Tageslicht zu ziehen.“

„In meinem Hause gibt es keine Verbrecher“, sagte Herr Dolomie mit Stolz und Nachdruck.

„Dann suchen wir den Thäter, wo wir ihn finden können, denn jedes Verbrechen muß bestraft werden.“

Herr Dolomie lachte wieder.

„Aber ich habe nicht gerne, wenn die Firma mit derartigen Behauptungen in dem Munde des Publicums herumgetragen wird. Ich denke, Sie schweigen. Sehen Sie alle Mittel daran, meinen Schwiegerjohn zu retten, und ich werde Sie fürstlich belohnen.“

Dr. Weiner richtete sich stolz auf.

„Mit Gold läßt sich kein Leben zurückkaufen und kein gebrochenes Herz wieder heilen.“

Ein freudiger Gedanke schien ihn plötzlich zu erhellen, es glitt wie ein heiterer Blitz über seine Züge.

Im § 15 wird nur das zweite Alinea dahin geändert daß bestimmt wird, es sei zur Aenderung der Staatsgrundgesetze die Anwesenheit von drei Vierteln sämtlicher Abgeordneter und zur Beschlußfassung die Majorität von zwei Dritteln der Anwesenden erforderlich. Die §§ 18 und 19 normieren die Anordnung von Neuwahlen sowie die Vertagung, respective Auflösung des Abgeordnetenhauses.

In Betreff der Wahlreform enthält eine an die „Grazer Zig“ unterm 29. v. M. gerichtete wiener Correspondenz politische Betrachtungen, die wir nachstehend reproducieren wollen:

„Die wichtigste Vorlage, welche die Regierung dem voraussichtlich anfangs Dezember wieder zusammentretenden Reichsrathe machen wird, ist unseugbar das Reichswahlgesetz, mittelst dessen auf Grund directer Wahlen der Reichsrath aus der Abhängigkeit von den Landtagen befreit und auf eigene Füße gestellt werden soll. Daß die Ausarbeitung einer solchen Vorlage eine äußerst schwierige ist, wird niemand bezweifeln, der unsere ganz absonderlichen Verhältnisse kennt. Es handelt sich da nicht um Aufstellung einer verlockenden Schemata, es müssen auch alle Eigenthümlichkeiten Berücksichtigung finden, an denen Oesterreich so reich ist.

Wenn es nun gelungen ist, ein annehmbares Elaborat zustande zu bringen, so gilt es, den Widerstand der principiellen Gegner im Reichsrathe selbst zu besiegen, und hinzu ist unbedingt notwendig, daß Regierungs- und Verfassungspartei einmütig zusammenstehen. Die Regierung wird es nicht unterlassen dürfen, über die leitenden Grundsätze der Reform eine Verständigung mit ihrer Partei anzustreben, ehe ihr Elaborat vor das Parlament gelangt.

Ueber den Modus der Behandlung der Wahlreformfrage wurde vor einiger Zeit gemeldet, daß die Regierung beabsichtige, die Vorlage in zwei Theile zu scheiden, wovon der erste die Einführung der directen Wahlen u. s. w. enthält, während der zweite sich mit den Ausführungsbestimmungen, mit der Eintheilung der Wahlkreise, Repartierung der Abgeordnetenitze auf die Gruppen etc. beschäftigt.

Der erste Gesetzesentwurf wäre insofern der wichtigere, als er die principielle Aenderung der Verfassung betrifft und zu seiner Annahme eine Zweidrittelmajorität notwendig ist.

Der zweite Gesetzesentwurf wäre der umfangreichere, allein zu seiner Annahme genügt die einfache Majorität. Da gegen den ersteren von Seite der Verfassungspartei keine Einwendung erhoben werden dürfte, so wäre das Zustandekommen der Zweidrittelmajorität nicht schwer. Bezüglich des zweiten dürfte es jedoch kaum ohne heisse Debatten ablaufen, indem hier allerlei locale und persönliche Interessen mit ins Spiel gezogen werden.

Diese Theilung der Vorlage dürfte sich demnach als ein gutes Auskunftsmittel zum Gelingen des Reformwerkes erweisen. Nach den neuesten Meldungen über den Stand der Wahlreformfrage ist die Regierung übrigens, wie bereits weiter oben angedeutet wurde, entschlossen, bevor sie zur Vollendung der Vorlage schreitet, das Urtheil der Parteiführer einzuholen. Es beweist dies, daß die Regierung mit aller Vorsicht und mit jenem Ernst an die Lösung der Frage geht, welcher durch die Wichtigkeit derselben bedingt ist. Von dem Gelingen der Wahlreform hängt die Zukunft Oesterreichs die Consolidierung unserer Verhältnisse, die Befestigung der Verfassung ab.

Scheitert das Reformwerk, so ist die Stellung der Verfassungspartei und das von ihr getragene Ministerium wesentlich gefährdet, denn dann würde die feudalföderalistische Opposition einen neuen Sturm auf gegen

die Verfassung wagen, und es ist fraglich, ob die Verfassungspartei auch dann noch einem solchen Anlauf mit Erfolg zu widerstehen die Macht besäße. Durch die vorhergehende Berathung mit den Vertrauensmännern der Partei wird ohne Zweifel auch über diese vitale Frage jene feste Einigung erzielt werden, welche die Gewähr des Erfolges in sich birgt. Es hat diese Methode sich in Ungarn noch stets bewährt, wo die Regierung niemals mit einem Gesetze vor den Reichstag tritt, ohne sich früher der Zustimmung des Clubs der Deapartei versichert zu haben. Es besteht wohl zwischen der Deapartei und der Verfassungspartei mancher nicht unwesentliche Unterschied, allein dieser kann die Regierung nicht behindern, sie zu Rathe zu ziehen, um dadurch einer Spaltung innerhalb der Verfassungspartei vorzubeugen. Allerdings setzt das Vertrauen auf der einen auch Vertrauen auf der andern Seite voraus, und steht zu hoffen, daß die zu Rathe gezogenen Parteiführer es diesmal nicht so machen werden wie bei der Landwehrfrage, wo sie bei den Pourparlers schwiegen, um dann die Vorlage im Reichsrathe zu Falle zu bringen.“

Bur kroatischen Frage.

Ueber den Stand der Verhandlungen in der kroatischen Frage läßt sich unterm 27. v. M. ein pester Correspondent der „Deutschen Zeitung“ vernehmen wie folgt:

„Die Verhandlungen nehmen einen langsamen Verlauf. Nach zweitägigen Berathungen hat endlich das Plenum der kroatischen Mitglieder die Elaborate der Subcomités angenommen. Allein diese Elaborate können dem Plenum der Regnicolardeputation noch nicht vorgelegt werden, weil sie infolge ihres großen Umfanges noch nicht ins Ungarische übersetzt werden konnten. Vor Mittwoch wird die Uebersetzung auch kaum fertig werden, und erst dann kann wieder eine gemeinschaftliche Sitzung beider Gruppen der Regnicolardeputation abgehalten werden.

Die Discussionen im Kreise der kroatischen Deputationsmitglieder waren in der gestrigen und vorgestrigen Conferenz sehr erregt. Innerhalb der kroatischen Gruppe stehen die beiden Landesparteien einander scharf gegenüber. Graf Lonjay hat seinerzeit nur unter einer Bedingung das Zugeständnis gemacht, daß eine Regnicolardeputation zur Revision des 1868er Ausgleichsgesetzes entsendet werde, unter der Bedingung nämlich, daß der kroatische Landtag sich verpflichtete, von den zwölf Deputationsmitgliedern sechs aus den Reihen der Unionisten zu wählen. Diese Bedingung wurde eingehalten, und demzufolge besteht die kroatische Gruppe aus sechs gemäßigten Nationalen und sechs Unionisten. Die letzteren fanden nun die Forderungen, die in den Memoranden der beiden Subcomités erhoben werden, viel zu weitgehend und verlangten eine entsprechende Aenderung der Elaborate. Sie erklärten, man könne nicht hoffen, daß die selbständige Ernennung des Banus unter eigener Gegenzeichnung und die Trennung des Staatsvermögens in Kroatien und in der Militärgrenze von jenem in Ungarn bewilligt würde; dadurch aber, daß man unerfüllbare Forderungen stelle, compromittiere man sich nur und erschwere unnöthigerweise das Gelingen des Ausgleiches, indem man die entgegenkommenden ungarischen Politiker mit Mißtrauen erfülle.

Bischof Stroßmayer wandte seine ganze Beredsamkeit auf, um die sechs Unionisten zur Annahme der Elaborate zu bestimmen. Er fürchtete nämlich, daß dieselben der Regnicolar-Deputation ein Separat-Votum vorlegen werden, was natürlich den Elaboraten des Sub-Comités einen großen Theil ihres Gewichtes und ihrer

Bedeutung benehmen, überhaupt die ganze Action der Kroaten hoffnungslos schwächen müßte. Er wies daher ganz besonders darauf hin, daß die erste Bedingung des Gelingens der Verhandlungen Einigkeit der Kroaten sei. Man werde gar nichts erlangen können, wenn Zwiespalt und entgegengesetzte Meinungen zu Tage treten. Bischof Stroßmayer sagte, er anerkenne den Patriotismus der Unionisten und sei davon überzeugt, daß auch sie nur das Wohl ihrer Nation wünschten; allein sie möchten doch so gerecht sein, daselbe auch von den Nationalen vorauszusetzen. Die Nationalen bezwecken nichts anderes, als das Heil Kroatiens; was sie verlangen, sei am allerwenigsten vom Gesichtspunkte der Kroaten übertrieben und unbillig. Finden die Ungarn diese Forderungen zu weitgehend, so werden sie es schon sagen, und dann werde man noch immer Zeit haben, einen Schritt nach rückwärts zu thun; die Memoranden seien ja kein Ultimatum, und das können die Unionisten doch nicht mit gutem Gewissen behaupten, daß die Elaborate nicht einmal geeignet seien, zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu dienen.

Die Argumentation verfehlte ihre Wirkung nicht; die Unionisten ließen sich bestimmen, den Memoranden beizutreten, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie sich durch dieses Votum nicht verpflichtet haben, an jedem Punkte derselben starr festzuhalten und für deren ganzen Inhalt unter allen Umständen einzustehen. Bischof Stroßmayer behält fortwährend Fühlung mit den Mitgliedern der ungarischen Gruppe der Regnicolar-Deputation. In Privatgesprächen mit diesen Persönlichkeiten hat er bereits zu versprechen gegeben, die directe Ernennung des Banus sei keine solche Forderung, von der man unter keinerlei Verhältnissen abstehen würde; das Hauptgewicht legt er immer auf die finanziellen Abmachungen. Die Nationalen finden die Quote, die sie zu den gemeinsamen Auslagen beitragen müssen, viel zu hoch und verlangen, daß dieselbe mindestens um ein volles Drittel, um 33 Percent, herabgesetzt werde. Bei einem so gestalteten Beitragsverhältnisse würden sie allerdings nicht passiv sein, allein es kann gar nicht daran gedacht werden, daß diese Forderung von Ungarn bewilligt wird; denn dies hieße so viel, daß Ungarn das Bergnügen, Kroatien „Schwester-Nation“ nennen zu können, jährlich mit etlichen Millionen bezahlen soll.“

Dies ist heute der Stand der Verhandlungen, und es ist nicht anzunehmen, daß derselbe sich gar zu bald ändern werde. Denn, so bemerkt der Correspondent des genannten Blattes, es werden reichlich zehn Tage ins Land gehen, ehe die Ungarn auf das Memorandum der Kroaten mit ihrem Gegenvorschlag antworten werden.“

Die Action des preussischen Herrenhauses

erfährt in der öffentlichen Presse laute Mißbilligung. Die „Breslauer Zeitung“ schreibt: „In der gesammten Presse knüpft sich an die Erörterungen über die Debatten des Herrenhauses die Frage, ob nunmehr Fürst Bismarck nicht seine ländliche Ruhe unterbrechen werde, um persönlich für die bedrohte Reform einzutreten.“

Die „Deutsche Reichs-correspondenz“ meldet sogar, das Staatsministerium habe am Sonnabend eine Sitzung gehalten und beschlossen, den Ministerpräsidenten um seine Intervention zu ersuchen. Es hat indessen gar keine Sitzung des Gesamtministeriums stattgefunden, vielmehr hat sich Graf Eulenburg persönlich mit dem Ministerpräsidenten ins Einoernehmen gesetzt, ohne jedoch auch nur im geringsten seine Herkunft anzuregen. Dieselbe ist einmal durch den Gesundheitszustand des Fürsten verboten, dann aber muß sich jeder Sachkundige

„Vielleicht schweige ich,“ sagte er.
„Und der Preis?“
„Den werde ich seiner Zeit nennen.“

Der Hausarzt kam mit den Hoffmannstropfen, welche nun unnöthig geworden waren, denn Herr Dolomie hatte sich bereits wieder erholt.

Die beiden Aerzte sprachen ein näheres über die einzuschlagende Kurmethode. Diese bestand darin, dem Patienten unvergiftetes Blut von einem gesunden Menschen in die Adern zu flößen.

„Wer aber wird sein Blut hergeben?“

„Ich werde jemanden mitbringen, von dessen Gesundheit und Bereitwilligkeit ich überzeugt bin,“ sagte Dr. Weiner.

Die Operation war auf vier Uhr nachmittags angesetzt.

Leopoldine war am frühen Morgen schon zu einer Freundin gefahren, bei einer anderen Bekannten wollte sie essen und am Abend ihre gewohnte Spaziertour nach dem Gartenhäuschen machen.

Ihr graute, in dem Hause zu bleiben, denn heute war der Tag, an dem ihr Gemahl nach der Berechnung des Italieners sterben mußte.

Sie konnte ihn langsam hinwegsehen, weil sie ihn haßte, aber sie vermochte nicht in seiner Nähe zu sein, wenn er sterben sollte. Sie konnte die Katastrophe herbeiführen, aber vermochte nicht, das Ende derselben ruhig anzusehen.

Sie fürchtete sich zu verrathen!

Auch schlug ihr das Herz unruhiger als je. Noch war sie sich selber nicht bewußt, was sie eigentlich gethan, als sie ihrem Gatten die tödtlichen Tropfen gab.

„Die paar Tropfen können nicht schaden,“ sagte sie leichtsinnig. „Er wäre vielleicht so wie so krank geworden.“

Ihre Freundin fand sie etwas sehr zerstreut und einsüßig. Sie fuhren aus, um Kleiderstoffe zu besehen. Leopoldine ließ sich Traueranzüge zeigen.

„Mein Gemahl ist sehr krank, wer weiß, ob ich dergleichen Stoffe nicht sehr bald notwendig habe.“

Auch das Mittagessen schmeckte ihr nicht. Dazu kam, daß ihre Freundin ihr aus der Zeitung eine Mordgeschichte vorlas. Sie hörte nur ein Wort aus der Geschichte heraus. Dieses Wort hieß: „Mörderin.“

„Mörderin!“ zischelte es ihr überall in die Ohren. „Du bist auch eine Mörderin!“

Es hielt sie nicht lange. Sie mußte hinaus zum Gartenhause; er, er nur allein konnte Ruhe schaffen.

Sie mußte lange warten, ehe er kam. Von Minute zu Minute stieg ihre Unruhe. Als sie endlich den wohlbekannten Schritt hörte, warf sie sich dem Geliebten beifig in die Arme. „Ich habe keine Ruhe als bei dir,“ flüsterte sie. „Heute ist der Tag —“

„Heute ist der Tag,“ sagte Venvenuto. „Mit den sinkenden Strahlen der Sonne erlischt auch dein Leben.“

Sie blickten beide in die Sonne, die langsam unter sinkend, sich in einer langen Bank dichter grauer Wolken verbarg.

Ein kalter Lusthauch durchrauschte die Silberpapeln und strich zischend durch die dunkle Toxushecke.

„Mich friert,“ sagte Leopoldine.

„Der Wind ist kalt, wir wollen hineingehen.“

„Das war nicht der Wind, das war seine Seele, die mich anklagt!“ rief sie plötzlich mit anstößender Stimme. „Ich bin eine Mörderin, eine Mörderin!“

Von Gewissensqualen gefoltert sank sie zu Boden. „Mache ihn wieder lebendig, du hast mir das Gift gegeben. Warum mußte er sterben? Er verflucht mich oben im Himmel.“

Und wieder rauschte der Wind in den Zweigen.

„Hilf mir,“ rief sie entsetzt, „er kommt, um sich zu rächen.“

Venvenuto geleitete die Geängstete in das Haus, aber es gelang ihm nicht, sie zu beruhigen.

„Gib dich zufrieden,“ sagte er, „wir sind nun frei.“

„Nein, nein,“ rief sie, „der Entsetzliche ist jetzt immer bei mir und flüstert mir zu, daß ich ihn gemordet habe. Hilf mir, mache ihn wieder lebendig.“

Der Wagen fuhr wieder vor.

Es blieb Venvenuto nichts übrig, als dem Kutscher zu sagen, daß seine Herrin unwohl sei und er ihm helfen möge, sie in den Wagen zu heben.

Als der Kutscher mit seiner erkrankten Herrin heimfuhr, murmelte er: „Den Herrn kenne ich noch. Mich wundert nur, daß der Haus- und Leibarzt geworden ist.“

(Fortsetzung folgt.)

sagen, daß dieselbe in dem gegenwärtigen Momente durchaus nutzlos wäre. Man muß allein die Thatsachen nehmen, wie sie liegen, und die Beratungen des Herrenhauses vorläufig weiter gehen und zum Abschluß kommen lassen. Erst dann kann eine neue Phase eintreten, in der es sich eben nicht mehr um eine etwaige Umformung der Majorität, sondern um eine Umgestaltung derselben handeln wird. Das Herrenhaus hat durch sein ganzes Verhalten die Angelegenheit zu einer Macht- und Autoritätsfrage gemacht und darf sich nun nicht beklagen, wenn sich die Consequenzen wider es selbst lehren. Die nähere Taktik wird durch das Schlußvotum des Hauses bestimmt werden. Es liegen, wie bekannt, die beiden Eventualitäten vor, daß entweder die amendirte Vorlage angenommen wird und dann dem Abgeordnetenhaus wieder zugeht, oder daß das Haus auf Grund des Below'schen Antrages die ganze Kreisordnung verwirft. Ueber letzteren wird in manchen Blättern das thörichte Märchen verbreitet, derselbe sei vom Fürsten Bismarck empfohlen und gebilligt. Fürst Bismarck hat über seine Stellung zur Kreisordnung niemals irgend einen Zweifel gelassen. Ueberhaupt soll man doch endlich begreifen, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit der Reform gegenüber durchaus einen und demselben Standpunkt vertritt. Um so merkwürdiger ist es freilich dann, wenn ein hoher Beamter, wie der Oberpräsident v. Wigleben, mit der Opposition stimmt."

Wie die „Spen. Ztg.“ berichtet, nimmt man im preussischen Herrenhause an, daß die Beratungen über die Kreisordnung bis zum Donnerstag, spätestens Freitag zu Ende sein werden. Es scheint nicht, daß bis dahin die von officiöser Seite in Aussicht gestellten „entscheidenden Maßregeln“ zu erwarten sein werden. Daraus ergibt sich, daß die Regierung die Schlußabstimmung im Herrenhause abwarten will, um je nach dem Ausfall derselben die Session zu schließen und die neue sofort beginnen zu lassen, oder aber den Faden im Abgeordnetenhaus weiter zu spinnen. In beiden Fällen würden die „entscheidenden Maßregeln“ in die Zwischenzeit zwischen der Schlußabstimmung im Herrenhause und der neuen Berathung im Abgeordnetenhaus fallen müssen.

Die „Provinzial-Correspondenz“ knüpft in Besprechung der Berathung der Kreisordnung durch das Herrenhaus an die bekannte Aeußerung eines Herrenhausmitgliedes an: „Wir hoffen noch recht viele Beschlüsse zu fassen, welche dem Minister des Innern inacceptabel erscheinen,“ und sagt: „Das ist nicht die Stellung, nicht der Ton, in welchen die conservativen Preußen mit der Regierung verhandeln dürfen. Einem solchen Auftreten und den entsprechenden Beschlüssen gegenüber ist die Hoffnung, daß durch die jetzigen Verhandlungen die beabsichtigte Reform zum Abschlusse gebracht werden könne, sehr tief gesunken, ja aufgegeben; dagegen ist der feste Wille der Regierung bezüglich der unerlässlichen, unverweilten Durchführung des unternommenen Werkes unerschütterlich, die Regierung vielmehr entschlossen, alle Kraft und alle verfassungsmäßigen Mittel daran zu setzen, daß die zu einer befriedigenden Lösung bereits erreichten Ergebnisse nicht wieder verloren gehen. Es handelt sich bei den Beschlüssen zu solchem Zwecke nicht mehr bloß um die Kreisordnungsfrage; es handelt sich um den Fortgang oder Stillstand der Gesetzgebung überhaupt, um das Ansehen und die Macht der Krone und der von ihr berufenen Regierung.“

Die „Bos. Ztg.“ expectoriert sich in aufgeregter Stimmung, wie folgt: „Man besinnt sich jetzt mehr und mehr auf den Weg, wie Preußen aus der Politik von Osmak zur Herstellung der deutschen Einheit gekommen ist, und schreibt Bücher darüber, in denen aus den endlichen Resultaten bewiesen wird, wie kleinmüthig die liberalen Parteien waren, als sie der Zukunft des preussischen Staates nicht vertrauten, und wie unrecht die Fortschrittspartei hatte, den Conflict mit dem Ministerium Bismarck bis zum Bruche zuzuspitzen. Solche Vorwürfe und Beweisführungen richten sich selbst, weil daneben die historische Treue gebietet, von Thatsachen zu berichten, welche auf das Gegentheil der endlichen Erfolge hinarbeiteten. Eine solche Thatsache für die inneren Zustände ist jetzt das Fortbestehen des Herrenhauses, die um so furchtbarer wirkt, seit das Gebäude für den Reichstag daneben aufgebaut ist und diese Nachbarschaft und die durch sie intensiver gewordene Theilnahme der ganzen Nation an preussischen Verhältnissen den bei hellem Tage umgebenden Funken zu einer National-Angelegenheit macht. Die Antwort auf unsere gestrige Frage, was nun zu thun sei, in, daß das Abgeordnetenhaus sich wieder einmal ernstlich mit einer Frage der preussischen Verfassung beschäftigen muß, was es in den Erfolgen nach 1866 so gut wie verlernt hat. Was auch aus der Kreisordnung werden mag, wir können nicht auf eine Erneuerung des jetzigen Spieles bei der Eivische, dem Schulgesetz, der Aufhebung des Patronats und anderen Stiefkinder des Junkerthums warten, es ist die höchste Zeit und der richtige Augenblick, die Abschaffung des Herrenhauses ebenso zu betreiben, wie einst die nationale Angelegenheit trotz aller Verfolgungen von seiten der Regierung dennoch bis zu ihrer Bekehrung betriebener wurde. Das Ministerium wird wegen seiner Niederlage im Herrenhause nicht zurücktreten, denn nach preussischer Verfassungstheorie braucht es selbst in einer solchen Cardinalfrage wie der

der Kreisordnung nicht einmal solidarisch zu sein und hat durch die Abwesenheit mehrerer Minister gegen die Solidarität demonstriert. Wird Graf Eulenburg seine Entlassung fordern, wird sie angenommen, oder wird ihm der Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums im Sinne der Herrenhaus-Majorität gegeben werden, wird das Abgeordnetenhaus vertagt oder aufgelöst oder eines nach dem anderen werden? Nach allgemeinem Verfassungsrecht wären diese Fragen leicht zu beantworten, nach preussischer Verfassungspraxis sind sie nicht einmal zu stellen, und die einzige, die erlaubt wäre, ob neue Mitglieder in das Herrenhaus berufen werden sollen, ist durch die Thatsache der Nichtberufung vor der Debatte beantwortet.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 3. November.

Die Conferenzen in Sachen der „Internationalen“ und der damit zusammenhängenden socialen Frage, welche nächstens in Berlin beginnen und an denen auch die ungarische Regierung durch den Ministerialrath Jekelsalffy vertreten sein wird, finden, wie der „Pester Lloyd“ erzählt, ausschließlich zwischen den Vertretern Oesterreich-Ungarns und jenen des deutschen Reiches statt. Eine dritte Macht wird am grünen Tische nicht repräsentiert sein. Die Conferenzen sind vom Haus aus nicht dazu bestimmt, bindende Vereinbarungen zu erzielen. Es handelt sich dabei vielmehr lediglich um einen Austausch jener Wahrnehmungen, welche jede der beteiligten Regierungen innerhalb ihres Verwaltungsgebietes zu machen in der Lage war; um eine Besprechung der Erscheinungen, welche sich mit Rücksicht auf diese Frage der Beobachtung der Regierungsorgane darbieten, und um eine Zusammenstellung und Sichtung des vorhandenen statistischen und legislativen Materials. Etwaige concrete Vorschläge würden von den betreffenden Repräsentanten nur ad referendum genommen werden, wie ja die ganze Angelegenheit in letzter Reihe lediglich auf dem Wege constitutioneller Gesetzgebung einer praktischen Lösung zugeführt werden kann. Alles in allem haben also die berliner Conferenzen keinen andern Charakter als den einer gouvernementalen Enquete.

Das französische Gelbbuch ist druckfertig und soll gleich nach Eröffnung der Session den Mitgliedern der Nationalversammlung mitgeteilt werden. Dasselbe wird die Depeschen enthalten, welche gewechselt wurden: 1. mit der deutschen Regierung betreffs der Räumung des Territoriums und der Bezahlung der Kriegsschuld; 2. mit der englischen, der belgischen, der italienischen, der österröschischen und der schweizer Regierung betreffs der Modification der Handelsverträge; 3. mit Griechenland wegen der Laurion-Affaire und 4. mit den verschiedenen europäischen Mächten wegen der orientalischen Angelegenheiten.

Bei dem Empfange einer Deputation der Handelskammer von Manchester erklärte Granville, daß Thiers so zahlreiche Zugeständnisse machte, das es im Interesse des Handels vorzuziehen sei, den englisch-französischen Handelsvertrag perfect zu machen. Der Tarif des Vertrages vom Jahre 1860 bleibt unverändert, jedoch mit Hinzuschlag eines Compensationszoll. Das Schiffsfahrtsgesetz vom Jahre 1866 wird aufgehoben. England wird nach Belieben Weine, Kohlen und alle anderen aus- oder eingeführten Artikel besteuern. Frankreich kann jeden Zoll erhöhen, hat jedoch 6 Monate früher dies bekannt zu geben und die Zustimmung der anderen Macht zu erwirken. Der neue Vertrag bleibt bis zum 1. Jänner 1877 in Kraft.

„Opinion“ spricht die Hoffnung aus, daß am 20. November, dem Tage der Parlamentseröffnung, die Abgeordneten sich vollzählig in Rom einfinden würden. Abgehen vom Budget würde es sich auch in den Ausschüssen um die Discussion sehr wichtiger Gesetzentwürfe, vor allem um die Discussion des Gesetzentwurfes über die religiösen Körperschaften handeln, der keineswegs, wie ein Gerücht behaupten wollte, zuerst an den Senat gelangen würde. Zugestehen müsse man, daß das Parlament in einem sehr schwierigen Momente zusammengetre. Eine magere Ernte, Vertheuerung der Lebensmittel, Steigerung des Disagio's, Uberschwemmungen, alles das seien eben so viele Momente, um auch auf die Finanzen eine beengende Rückwirkung zu üben.

Die madrider „Prensa“ schreibt unterm 26. October: „Spät gestern Abend circulierten sehr beunruhigende Gerüchte hinsichtlich der öffentlichen Ruhe. In Barcelona, Valladolid und anderen Hauptstädten ist die Agitation ungeheuer groß, und man hat wieder alle verfügbaren Truppen concentrirt.“ Dasselbe Journal fügt hinzu: „Die parlamentarische Majorität ist in voller Auflösung begriffen und wird vielleicht schon in der heutigen Sitzung gegen die Regierung, die eine Krisis durchmacht, feindlich auftreten.“

Die Conferenz in Angelegenheit der Israeliten Rumäniens ernannte in Brüssel ein Excutivcomité, welches seinen Sitz in Wien haben wird. Das Comité wurde beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um die moralische und materielle Lage der Juden Rumäniens zu heben und zu diesem Behufe vorzugsweise auf die Errichtung von Schulen Bedacht zu nehmen.

Die „Times“ meldet aus Brasilien, daß der Streitfall mit der argentinischen Republik geschlichtet ist, die diplomatischen Verbindungen wieder aufgenommen wurden und die betreffenden Verhandlungen in Buenos-Ayres auf folgender Grundlage begonnen haben: Zwischen der argentinischen Republik und Paraguay wird wegen der Kriegsauslagen ein Vertrag abgeschlossen; die Grenzangelegenheit wird einem Schiedsgerichte unterbreitet.

Tagesneuigkeiten.

— (Graf Wilczek'sche Polarexpedition.) Der k. k. Hofphotograph Wilhelm Burger, der an der Polarexpedition des Grafen Wilczek theilgenommen hat, ist bereits in Wien eingetroffen. Er hat sich bei der Verschornung vom Herrn Grafen Wilczek und den übrigen Reisesgefährten, welche die Rückreise durch Rußland machen, getrennt und ist über Norwegen mit reichhaltigen zoologischen und geologischen Sammlungen so wie mit einer großen Anzahl photographischer Aufnahmen zurückgekehrt. Herr Graf Wilczek ist nach telegraphischer Mittheilung mit seinen Begleitern vor einigen Tagen in Moskau eingetroffen.

— (Die Normal-Messungs-Commission) hat sich für den Bezug der berliner Apparate zu den Gasmessern sowohl als zur Abmahlung der Fässer ausgesprochen. Bisher mußten bei der Abmahlung von größeren Fässern förmliche Baracken aufgeführt werden, während dieselbe mit den berliner Apparaten nach französischem Muster sehr einfach und ganz richtig bewerkstelligt werden kann.

— (Landtagswahl in Kärnten.) Dr. Ignaz Dingl wurde in Villach am 30. October als Abgeordneter in den Landtag mit 108 Stimmen gewählt.

— (Zur Action der Landtage.) Der Landtag Istriens wird sich mit Vorlagen über Abänderung der Schulgesetze, Einführung einer Bauordnung, Grundentlastung im Bezirke Lussin und über das Hypothekensystem im Lande, dann mit den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen der Landesfonde beschäftigen. — Für den triester Landtag wird ein Gesetzentwurf, womit eine einträglichere Gebühr aus Verlassenschaften zum Vortheile der Schulen activiert werden soll; ein anderer das Schulwesen betreffend; ein Antrag auf Erlassung eines Reichsgesetzes wegen zeitlicher Befreiung neugebauter Schiffe von der Einkommensteuer bereit gehalten. Die Regierung beabsichtigt, wie die „Triester Zeitung“ hört, bei dem istraner und dem Görzer Landtage Gesetze über die Organisation des Sanitätsdienstes in den Gemeinden einzubringen, was wir in dieser Zeit der Epidemien und Epizootien und bei der großen Mangelhaftigkeit der diesbezüglich bestehenden Einrichtungen vieler Gemeinden mit Freude begrüßen würden.

— (Felssturz.) Am 24. v. M. ereignete sich an der noch Pregrada-Kropina Töply führenden Straße ein größliches Unglück. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, Schottermaterialie von einer in der Nähe dieser Straße befindlichen Felsmasse zu gewinnen. Die Felsen stürzten plötzlich herab und begruben unter ihren Trümmern vier Arbeiter, die als Leichen herausgezogen wurden.

— (Raubmord.) Laut in Ugram eingelangten Telegrammes ist die am 28. October l. J. um 10 Uhr abends von Murovic nach Celwa abgefertigte Borennahrt unterwegs beraubt und Geldsendungen im Werthe von 21.000 fl. entwendet worden. Am Thortorte wurde der erbrochene und beraubte Postwagen, die Leichen des Postillions, des mitfahrenden Militär-Bedienungsmannes und eines Räubers nebst einer Menge liegen gebliebener Waffen vorgefunden.

— (Zur Ministerstatistik.) Die Zählung der französischen Minister ergibt, daß in Frankreich von 1830 bis 1872 579 Minister thätig waren.

— (Allzuspäte Anerkennung.) Als Newton 1660 in Gatham studierte, hatte er kaum den nothdürftigsten Lebensunterhalt; 210 Jahre später, im Jahre 1870, kaufte Lord Schrewsbury einen Bahn dieses Gelehrten für 16.595 Francs.

Locales.

— (Humane Spenden.) Die Herren Alois Krenner, Handelsmann in Bischofslack, und Johann Roceli, Handelsmann in Laibach, haben zu Schulzwecken in Bischofslack, und zwar ersterer für arme Schüler den Barbeitrag von 5 fl., letzterer Schreibmaterialien im Werthe von 5 fl. gespendet.

— (Der Reichsrathsabgeordnete Herr Karl Rudesch) hat sein Mandat für den Reichsrath niedergelegt, wornach im nächsten Landtage eine Ersatzwahl für die Gruppe der Städte und Märkte stattfinden wird.

— (Die Gewinnausstellung) der philharmonischen Gesellschaft ist, wie wir hören, nur noch bis kommenden Mittwoch geöffnet und daher ein baldiger Besuch dringend allen denen anzurathen, die jene wirklich sehenswerthe Ausstellung noch nicht besichtigten.

— (Zur Reform des Volksschul-Dienstes.) Grazer und Klagenfurter Blätter drücken ihr Befremden darüber aus, daß in Krain der Metzger- und Organistendienst noch immer mit der Stelle eines Volksschullehrers verbunden ist, wie aus den letzten Concursauschreibungen, betreffend die Wiederbesetzung erledigter Lehrerstellen, entnommen wurde.

Neueste Post.

Best, 2. November. Die kroatische Regnicolar-Deputation hat das von Zivkovic umgearbeitete Memorandum, welches die politischen Postulate enthält, einstimmig angenommen. Ueber das Memorandum betreffs Abänderung des ungarisch-kroatischen Finanzverhältnisses wird heute beraten.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 2. November. Papier-Rente 65.40. Silber-Rente 69.60. 1860er Staats-Anlehen 102.40. Bank-Aktien 984. Credit Aktien 331.80. Lombard 106.50. Silber 105.70. K. f. Oest. Ducaten 5.08. Napoleon'scher 8.55.

Das Postdampfschiff „Germania“ Capitän Winzen, ging am 26. Oktober vollbesetzt nach New-York ab.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 14 der Statuten und auf Grund der Gesetze vom 5. Mai und 25ten August 1846.) Veränderungen seit dem Wochenanweise vom 23. October 1872: Banknoten-Umlauf 326,592,910 fl. - Hieron ab: Am Schlusse des Monats bar zu begleichende Forderung der Bank aus der commissionsweisen Beforgung des Hypothekar-Anweisungsgeschäftes (§ 62 der Statuten) 43,954 fl. 25 kr. Verbleiben 326,548,955 fl. 75 kr. - Bedeckung: Metallschatz 144,466,643 fl. 35 kr. In Metall zahlbare Wechsel 6,113,249 fl. 98 kr., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 938,621 fl. Escompte 163,041 776 fl. 23/4 kr. Darlehen 29,703,400 fl. Eingelöste Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 21,856 fl. 21/4 kr., 6,169,000 fl. eingelöste und vorläufig angekauft Pfandbriefe à 66%, Percent 4,112,665 fl. 66 kr. Zusammen 348,398,204 fl. 4 kr.

Laibach, 2. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 8 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Strohh (Heu 29 Ztr., Stroh 32 Ztr.), 22 Wagen und 2 Schiffe (13 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like Weizen, Korn, Gerst, Hafer, Halbfench, Gerben, Hirse, Runkelrübe, Erdäpfel, Rindfleisch, Schweinefleisch, Schafschmelz, Speck, etc.

Lottoziehungen vom 2. November.

Wien: 43 84 85 3 39. Graz: 33 69 17 26 70.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Date, Wind, Temperature, Humidity, etc. for November 1st and 2nd.

Verantwortlicher Redacteur: Johann v. Krieger.

(Theatervoranzeige.) Dienstag geht die Offenbach'sche Operette „Tulipatan“ über die Bretter. Donnerstag gelangt Verdi's „Trobador“ zur Aufführung; anstatt des bereits abgereisten Fräuleins Pabst tritt Fräulein Erlesbeck in Scene.

(Die freiwillige Feuerwehr) hielt gestern Steigerübungen bei der Schießstätte und im Magistratsgebäude ab.

(Die Sitzung des ärztlichen Vereines) wurde auf den 9. d. M. vertagt, nachdem die Vortragenden durch Dienstpflichten am Erscheinen verhindert waren.

(Eine ständige Sanitätscommission) soll dem Vernehmen nach angesichts der drohenden Cholera-gefahr nun auch für Krain mit dem Sitze in Laibach gebildet werden. Diese Maßregel wurde mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werden. Im Schoße des hiesigen Stadtmagistrates fanden am 2. d. diesbezüglich bereits Verhandlungen statt.

(Der Verein „Slov. Matice“) vollzog in der Sitzung vom 31. v. M. nachstehende Wahlen, u. z. die Herren Dr. E. Costa zum Obmann, Bončina und Kosler zu Obmannstellvertretern, Bilhar zum Kassier und Lesar zum Secretär.

(Besuch der hiesigen Unterrichts-anstalten.) VII. Die evangelische Schule besuchen 98 Schüler, unter diesen 32 evang. und 66 kath. Religion. Es befinden sich in der 1. Klasse 33, in der 2. 19, 3. 16, 4. 18, 5. 7, 6. 2, 7. 3 Schüler. VIII. Die Mädchenschule der ehrw. Ursulinern besuchen in der 1. Klasse in drei Abtheilungen 298, 2. in zwei Abtheilungen 232, 3. in zwei Abtheilungen 186, 4. 145, 5. 47, 6. 26, in der inneren Schule 156, zusammen 1090 Schülerinnen. IX. Die Lehr- und Erziehungsanstalt des Fr. Irma Huth besuchen in der 1. Klasse 10, 2. 11, 3. 16, 4. 14, 5. 13, 6. 6, zusammen 70 Schülerinnen.

(Der hochw. Herr Josef Rogej), bisher Pfarroperator in Oberlaibach, hat sich als Pfarrechant in seine neue Station Idria begeben. Die Pfarre-gemeinde Oberlaibach sah den hochwürdigsten Herrn, der durch viele Jahre seinem geistlichen Berufe thätigst gelebt und sich die vollste Achtung der gesammten Bevölkerung erworben hat; der seinen Pfarrkindern ein Rathgeber und den Armen ein Vater war, unliebsam aus ihrer Mitte scheiden.

(Päpstlicher Segen.) Ein Telegramm aus Laibach vom 2. d. M. meldet der „N. fr. Pr.“: „Der Papst sendete infolge eines ihm erstatteten Berichtes seinen Segen allen, die sich in Krain an den heurigen Bittgängen für ihn betheiligten.“

(Bubenstreiche.) Der „Slov. Narod“ erzählt, daß am 24. Oktober vier Bauernburschen — verkleidet und mit Larven versehen — in eine Hütte zu Polje in der Wodein, in der Flach gebrechelt wurde, eindringen, ein Mädchen mit sich fortzogen und es gewaltsam in die Save schleppten. Das Mädchen riß einem der Burschen die Larve ab, erkannte denselben, wornach die übrigen Burschen die Flucht ergriffen. Auf den Hilferuf des Mädchens kamen Leute herbei, fanden daselbe von Kälte derart erstarrt und erschöpft, daß dessen Leben jedenfalls in Gefahr schwebt.

(Vergnügungs-Revue vom 3. d.) Das Concert in der Veranda der Casino-Restaurations war recht gut besucht. — Freunde des „Liesinger“ Bieres füllten die Räume des Gasthauses „zur Schnalle.“ — Die Koster'sche Bierhalle war von vielen Gästen besucht. Im Rastmen der Gäste geben viel dem Wunsche Ausdruck, die lästige Beleuchtung — wenn möglich — durch Gasröhren-legung beseitigen und für eine bessere Ventilation sorgen zu wollen.

(Theaterbericht vom 2. d. M.) Des Freiherrn v. Maltiz Originalstück „Das Pasquill“ elektrisirte durch seine freie, offene Sprache, seine vortrefflichen Charakterzeichnungen und durch eminente klappende

Aufführung das gut besuchte Haus; Publicum und Schauspieler waren heiterster Laune. Herr Bauer gab den „Minister“ mit Eleganz, Anstand und Kraft. Herr Carode als „Advocat“ war ein echter Volksvertreter und warmer Verteidiger des freiheitlichen Systems, voll männlicher Würde und in den Szenen mit Maria vom edelsten Feuer der ersten Liebe durchglüht. Herr Ausim repräsentirte den gemütlichen, lusternen Gourmand — „Baron Gutten“ — vortrefflich in köstlicher Laune. Herr Director Kosky war unstreitig der Held des Abends; sein „Spärling“ jeder Schritt, jede Bewegung, jede Miene — eine meisterhafte Leistung. Fr. Brambilla entfaltete als „Marie“ einen reichen Schatz echt weiblichen Gefühles; die Scene des Erwachens ihrer ersten Liebe war excellent. Die Action des Herrn Hörmann als „Fürst Ludwig“ hätten wir etwas fürstlicher gewünscht; wir vermüßten den Ordenstern des fürstlichen Hausordens an seiner Brust. Auch die Nebenrollen des „Invaliden“ (Herrn Widaner) und des „Oberkellners“ (Herrn Höllner) wurden bestens ausgeführt. Die vorzüglichen Leistungen der Herren Kosky, Carode, Ausim und des Fr. Brambilla wurden durch Beifall und Hervorrufe anerkannt.

(Theaterbericht vom 3. d. M.) Das Original-Volkschauspiel „Aus Cayenne“ von E. Dorn behandelt einen Stoff aus der Zeit des zweiten französischen Kaiserreichs. Ein Gutsbesitzer spricht gegen den Staatsstreik, wird dieserwegen im Jahre 1852 nach Cayenne deportiert und erblindet dort infolge allzu großer Sonnenhitze; dazwischen wird sein Grundbesitz im Wege falscher Zeugnisse und Urkunden von einem Schurken erworben. In den Tagen der pariser Commune tritt ein eben aus politischen Gründen von Haus und Hof vertriebener Landmann an der Spitze einiger Communisten als Rächer des verbannten Gutsbesizers auf; mittlerweile kehrt auch der erblindete Verbannte von Cayenne in seine Heimat zurück, erhält durch glückliche Operation sein Augenlicht und durch Entlarvung des niederträchtigen Schurken sein Hab und Gut wieder. Die Komödie entrollt eine Anzahl von Szenen mit viel Geißel und Lärm, endet schließlich mit einem Tableau, bei welchem sich die Genien des Friedens und die Repräsentanten der europäischen Großmächte die Hände reichen. Herr Eduard Dorn hat ein Effectstück geschrieben, dessen Wirkung im gestrigen vollem Hause sich in mehr als gebührendem Beifalle äußerte. Herr Hörmann war in Wort und Action Athlet; er verstand es durch die riesige Stärke seines Tones die merklichen Symptome zeitweise eingetretener Gedächtnisschwäche zu decken; gleich einem Goliath fogte er seinen Feind und drückte ihn gewaltig zu Boden. Das Haus war sehr beifallslustig, es rief Herr Hörmann (Jacques Rouge) einige male bei offener Scene und nach den Abschlüssen stürmisch hervor. Erwähnen wollen wir die lobenswerthe Durchführung der secundären Rollen des „Frémont“ (Herr Bauer), „Trebuchet“ (Herr Carode) und der „Helene“ (Fr. Brand. Herr Höllner's Leistung als „Duclos“ erschien uns mehr komisch als intrigant. Das Völkervereinigungs-Tableau wurde beifällig aufgenommen.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Kreisgerichte in Rudolfswerth.) Am 7. Nov. Josef Baznik und Anton Poreiz: Diebstahl; Martin Tezok: Verurug; Maria Turk: Diebstahl; Franz Bogarin und Josef Plavouc: Diebstahl. — Am 9. November. Josef Coertlovic und 6 Genossen: Vorschubleistung; Anton Kezjibait: schwere körperliche Beschädigung; Johann Romanič: Veruntreuung. — Am 14. November. Johann und Maria Roth: Diebstahl; Johann und Markus Campa: Diebstahl; Johann Vesel: Diebstahl. — Am 16. November. Barthelma Kovac: Diebstahl; Anna Vodopivc: Diebstahl; Alois Stubic: schwere körperliche Beschädigung; Franz Bojč und 3 Genossen: Diebstahl. — Am 21. November. Johann Hecvor: schwere körperliche Beschädigung; Gregor Gorenc und Jakob Coertnik: öffentliche Gewaltthätigkeit; Johann Trunkelj und 2 Genossen: schwere körperliche Beschädigung; Anton Slav: Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens.

Börsenbericht. Wien, 2. November. In dem Bestreben, mit den Kursen höher zu gehen, wurde die Börse durch die noch fortdauernde Geldeasamtheit gehindert. So kommt es, daß im Verlaufe des Geschäftes Rückgänge eintreten, welche zur Folge hatten, daß die Notierungen nur wenig höher lauten als vorauf. Einzelne Papiere freilich und zwar solche, welche sonst nicht im Vordergrund zu stehen pflegen, vermochten zu hauffieren; dahin gehören österr. allgemeine Bank (257), Börsenbank (155), Bauverein (75.0) Bancactien hoben sich auf 936 um 10 fl.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Wiener Communalanlehen, C. Aktien von Eisenbahnen, D. Aktien von Handelsunternehmungen, E. Privatobligationen, F. Wechsel (3 Mon.), G. Staats- und Privatbanknoten, H. Wechsel (3 Mon.) Geld Waare.